



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

**„Was braucht Europa?
Über den Respekt vor religiöser Vielfalt“**

**Rede
der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,**

**anlässlich
des Besuchs der Universität Luxemburg**

**am 5. September 2012
in Luxemburg**

Es gilt das gesprochene Wort!

„Mit den anderen glaubenden Menschen sind wir mitpilgernde Schwestern und Brüder; wir alle befinden uns auf dem Weg zu dem Ziel, dass uns Gott bereitet.“

(Papst Johannes Paul II. beim Friedensgebet 1986 in Assisi)

„In diesem Zusammenhang sollte man auch daran erinnern, dass ein moderner Staat aus dem Atheismus oder der Religion kein politisches Konzept machen darf. Der Staat muss, fern von allem Fanatismus und extremen Säkularismus ein ruhiges soziales Klima und eine adäquate Gesetzgebung fördern, so dass es jeder Person und jeder Religionsgemeinschaft möglich ist, frei ihren Glauben zu leben und ihn auch im öffentlichen Leben auszuüben. Sie sollen auf genügend Mittel und Freiraum zählen können, um durch ihren spirituellen, moralischen und zivilen Reichtum zur Lebensweise des jeweiligen Landes beizutragen.“

(Papst Johannes Paul II. 1998 in Havanna)

Fortschritt verdrängt Religion. Das Neue ist relevant. Tradition verblasst. So und ähnlich sind Prozesse in modernen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts beschrieben worden, in denen Religion marginalisiert zu werden schien. Es war wenig die Rede von religiösen Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger, die die kulturelle Entwicklung von Gesellschaften, auch modernen Gesellschaften prägen. Modernität als durch Wissenschaft geprägt setzt deren Deutungsmuster der Wirklichkeit an die Stelle religiöser Deutungen. So galt eine wachsende Bedeutungslosigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften als ausgemacht. Sie mögen in solchen Argumentationsmustern historisch interessant scheinen, aber verlieren an Ausstrahlungskraft angesichts neuer Bilder vom Menschen und von der Welt, die die Wissenschaft zur Verfügung stellt.

Heute wirkt eine solche Analyse überholt, zumindest aber verkürzt. An die Stelle tritt die Erfahrung, dass Religion an Relevanz gewinnt und moderne Gesellschaften zunehmend durch eine Pluralität der religiösen Überzeugungen geprägt sind.

Zum kulturellen Gedächtnis in Europa gehören Zeiten heftiger Auseinandersetzungen zwischen Religionen. Der Kontinent war im 16. und 17. Jahrhundert aufgewühlt durch andauernde konfessionelle Bürgerkriege. Zu den kulturellen Errungenschaften in Europa gehört die von Ernst-Wolfgang Böckenförde geschriebene „Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation.“ Der Staat verstand sich nicht mehr als Urteilsinstanz über die rechte Ausübung der Religion. Damit schaffte er die Grundlage für Wege der Koexistenz der Konfessionen. Neben der Emanzipation des Staates von religiösen Autoritäten hat sich noch eine zweite Emanzipation vollzogen: Die des Christentums vom Staat und seiner Wächterfunktion über den rechten Glauben. Damit kann sich das Christentum auf das

besinnen, was zu seinem Selbstverständnis gehört. Es lädt zum persönlichen Bekenntnis und zur persönlichen Nachfolge ein, konstituiert sich also nicht durch staatliche Autorität, die das persönliche Bekenntnis einfordert.

Mit diesem doppelten Emanzipationsprozess war das Fundament gelegt für den Weg hin zum freiheitlich, säkularisierten Staat und zur bürgerlichen Toleranz.

Die Säkularisierung schafft Religion nicht ab. „Die Religion wird in den Bereich der Gesellschaft verwiesen, zu einer Angelegenheit des Interesses und der Wertschätzung einzelner und vieler Bürger erklärt, ohne aber Bestandteil der staatlichen Ordnung als solche zu sein.“ Es sind die Wertüberzeugungen der Bürgerinnen und Bürger, aus denen sich der Zusammenhalt des Gemeinwesens ergibt. Darauf rekurriert Böckenförde bereits in den 60er Jahren, wenn er schreibt „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, dass er um der Freiheit Willen eingegangen ist.“ Das ist zugleich der Grund, warum der Staat gegenüber den religiösen Überzeugungen und damit verbundenen Werten seiner Bürgerinnen und Bürger nicht gleichgültig bleiben kann.

Somit wird aber auch deutlich, dass der Hinweis auf diese kulturelle Errungenschaft der Trennung von Kirche und Staat, Politik und Religion, die das Christentum in Europa aus den Erfahrungen konfessioneller Kriege gezogen hat, konstitutiv für das Selbstverständnis des modernen Staates ist, also auch prägende kulturelle Wirkung hat, die zugleich den Respekt vor der Religionsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger beinhaltet. Die Achtung vor dieser spezifischen religiösen Wurzel unserer Kultur verbindet sich mit der Demut und dem Respekt des Staates vor den religiösen Überzeugungen seiner Bürgerinnen und Bürger, auch und gerade in Zeiten einer wachsenden religiösen Pluralität.

Demut, Respekt, Toleranz – das sind die notwendigen Grundhaltungen für eine friedliche Koexistenz der Religionen in modernen Gesellschaften.

Demut und Respekt im Verhältnis des Staates zu den religiösen Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger. Demut und Respekt aber auch im Verhältnis der Gläubigen verschiedener Religionen. Wo Toleranz wachsen soll, braucht es den Respekt vor der Verschiedenheit religiöser Überzeugungen ebenso wie die Erfahrungen gemeinsamer demokratischer Werte.

So kann Religion im öffentlichen Raum eine freiheitsstiftende Kraft entfalten.

Moses Mendelssohn, der große jüdische Philosoph und Aufklärer spricht von der Toleranzpflicht – des Staates gegenüber der Religion und der Religion gegenüber dem Staat. In Gesellschaften mit wachsender Pluralität der religiösen Überzeugungen ist das eine

anspruchsvolle und zugleich für die Religionsfreiheit konstitutive Pflicht. Das Urteil eines Landgerichtes in Köln, wonach die Beschneidung jüdischer und muslimischer Jungen eine Verletzung der körperlichen Unversehrtheit und damit strafbar sei, hat in Deutschland zu einer heftigen Debatte geführt. Vertreter des Judentums in Deutschland sprechen von einer „Kriminalisierung der Religion“. Der Deutsche Bundestag wird sich in den nächsten Wochen damit beschäftigen. Ich gehöre zu jenen, die davon überzeugt sind, dass ein solches Urteil mit der Toleranzpflicht nicht vereinbar ist und deshalb gesetzliche Grundlagen geschaffen werden müssen, um Beschneidung auch in Zukunft zu ermöglichen. Auch andere Debatten wie öffentlich geäußerte Kritik an der Freitagsruhe zeigen, dass der Respekt vor religiösen Überzeugungen und damit verbundener Glaubenspraxis nicht selbstverständlich ist.

Wir nehmen die wachsende religiöse Pluralität in Deutschland ernst:

- mit der Einrichtung von islamischem Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen – neben dem jüdischen, katholischen und evangelischen Religionsunterricht.
- mit der Einrichtung von vier Zentren für Islamische Studien, dem neu eröffneten Zentrum für Jüdische Studien in Berlin, nachdem seit den 70er-Jahren bereits eine Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg existiert.

Religion braucht die wissenschaftliche Reflexion. Sie klärt und klärt auf. Der Glaube braucht das Denken.

Religion im öffentlichen Raum, das heißt für mich auch: Religion braucht den Raum der wissenschaftlich-theologischen Reflexion im Haus der Wissenschaft, in der Universität. Damit war nach den entsprechenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates 2010 durchaus auch eine kritische Diskussion verbunden. Ich bin davon überzeugt, dass die erfolgreiche Tradition theologischer Fakultäten an Universitäten – verankert in Vereinbarungen zwischen den christlichen Kirchen und dem Staat – gerade in Deutschland ein guter Erfahrungsraum auch für die neuen Zentren für islamische Studien sein kann. Und es kann damit auch ein Signal gesetzt werden, dass wir religiöse Pluralität nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung sehen. Wissenschaftliche Reflexion kann Religion vor Vereinnahmung und Verengung bewahren und sie kann Toleranz befördern als starke friedensstiftende Kraft.

Wissenschaftlich-theologische Reflexion kann darüber hinaus Wegweiser für den Dialog der Religionen und Konfessionen sein. Die Pflicht zur Toleranz gebietet den Respekt vor dem, was in einer anderen als der mir eigenen Religion heilig ist. Im Dialog wird Gemeinsamkeit und Verschiedenheit erfahrbar. Im Dialog werden Ängste vor dem Anderen und Fremden sichtbar. Moderne, auch im Blick auf Religionen, plurale Gesellschaften brauchen diesen Dialog für die friedliche Koexistenz der Religionen. Und sie brauchen ihn, damit möglich wird,

was Papst Johannes Paul II. fordert, wenn er davon spricht, dass jede Religion ihren „spirituellen, moralischen und zivilen Reichtum zur Lebensweise des jeweiligen Landes“ beitragen kann. Die aufklärerische Kraft der Theologie schützt vor Fanatismus. Der Respekt des Staates vor den religiösen Überzeugungen seiner Bürgerinnen und Bürger bewahrt vor extremem Säkularismus.

Zum kulturellen Gedächtnis in Europa gehören Religionskriege ebenso wie die kulturprägende Kraft insbesondere des Judentums und des Christentums. In unseren Gesellschaften in Europa leben heute aber auch Millionen muslimischer Bürgerinnen und Bürger. Der Islam hat seine ganz eigene Rolle in der Geschichte Europas. Dazu haben gerade in Europa immer wieder auch Bemühungen um Aufklärung und Liberalisierung gehört. Bislang sind das eher Minderheiten. Theologische Reflexion kann gerade diese Bemühungen fördern.

Was wir in Europa nicht zulassen dürfen ist die Verdrängung von Religion aus dem öffentlichen Raum. Die Trennung von Politik und Religion, Staat und Kirchen/Religionsgemeinschaften ist eine grundlegende Überzeugung und das Fundament für religionsfreundliche Gesellschaften. Der Staat macht sich eine bestimmte Religion nicht zu seiner eigenen Sache. Die Gesellschaft betreibt nicht andauernde Verdrängung. Das kulturelle Klima ist viel mehr geprägt von Reflexion und Aufklärung, von Toleranz und Respekt.

Europa kann aus seinen historischen Erfahrungen heraus eine Zukunft der Religionen in modernen Gesellschaften entwerfen, in denen der Dialog an die Stelle von Abschottung, der Respekt an die Stelle von Ängsten und Verachtung, die Toleranz an die Stelle der Intoleranz tritt. Das verlangt Toleranz von allen, weil es keine Toleranz gegenüber der Intoleranz geben darf.

Europa ist ein Kontinent der Toleranz. Dafür stehen auch die weltanschauliche Neutralität des Staates und sein Respekt vor den Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger. Neutralität meint nicht Ignoranz, impliziert viel mehr Interesse an den Quellen von Wertüberzeugungen der Bürgerinnen und Bürger. Je mehr religiöse Pluralität unsere Gesellschaften prägt, umso mehr gewinnt auch wissenschaftlich-theologische Reflexion an Bedeutung – als Grundlage des Dialogs der Religionen und als Quelle des wachsenden Verständnisses für das, was den Anhängern der verschiedenen Religionen heilig ist.

Für jede Religion gilt: Sie trägt Verantwortung auch als friedensstiftende Kraft. Und es gilt im Verhältnis der Religionen das, was Papst Johannes Paul II. beim Friedensgebet in Assisi 1986 so formuliert hat: „Mit den anderen glaubenden Menschen sind wir mitpilgernde

Schwestern und Brüder; wir alle befinden uns auf dem Weg zu dem Ziel, dass uns Gott bereitet.“